

Newsletter des GPR Schule BOW – Januar 2025

*Im neuen Jahre Glück und Heil,
Auf Weh und Wunden gute Salbe!
Auf groben Klotz ein grober Keil!
Auf einen Schelmen anderthalbe!*

(Goethe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, Sie alle konnten schöne, erholsame Feiertage und Ferien verbringen und sind gesund in das neue Jahr gekommen, für welches wir Ihnen natürlich nur das Beste wünschen, auch wenn es weiterhin nach herausfordernden Zeiten aussieht. Die Verschiebung der an sich gesetzlich verankerten Besoldungserhöhung in diesem Jahr weist ja schon auf die kommende Kürzungspolitik hin und auch was den sogenannten demokratischen Diskurs angeht, tun sich immer größere Fragezeichen auf, was wir zumindest für unseren kleinen Bereich mit einem Blick auf die **Reaktionen auf unsere Resolution** vom Personalratetreffen im November 2024 recht gut belegen können (s.u.).

In einem ähnlichen Zusammenhang ist die Nachfrage auch aus dem Hauptpersonalrat zu sehen, was **Reaktionen des Dienstherrn auf Überlastungsanzeigen** angeht. Wer hiermit Erfahrungen hat, möge sich bitte melden (Näheres hierzu weiter unten).

Darüber hinaus machen wir auf das **Angebot der Betriebsseelsorge** aufmerksam und wollen zudem erinnern an die **Abfrage zum Thema „Intensivklassen“** sowie an unser **Austauschtreffen zum Schulentwicklungsplan Bergstraße**.

mit freundlichen kollegialen Grüßen,

für den GPR Schule BOW i.A.



- Tony C. Schwarz – Vorsitzender GPR Schule BOW

Reaktionen aus der Politik und des obersten Dienstherren auf die Resolution des Personalrätetreffens vom November 2024

Am 20.11.2024 verabschiedeten 164 Personalräte praktisch aller Schulen – und somit auch stellvertretend für nahezu 5000 Kolleginnen und Kollegen- eine Resolution mit fundierter Beschreibung der Missstände, mit denen wir beständig zu kämpfen haben, sowie berechtigten Forderungen, wie Abhilfe zu leisten sei. Vorangestellt war dem eine deutliche Kritik daran, dass von den politisch Verantwortlichen – die mandatierten Vertreter der Bevölkerung, des Souveräns also- seit Jahren schon keine Reaktion auf ähnlich gelagerte Schreiben kommt und so von Austausch und Diskurs, Grundlage der parlamentarischen Demokratie, keine Rede mehr sein kann (zur Erinnerung die Resolution noch mal im Anhang) und wir dringlich um wie auch immer geartete Reaktion bitten.

Dieses Schreiben ging dann Ende November einem breiten Adressatenkreis zu und wir wollen Ihnen den Stand der Reaktionen bis jetzt darauf nicht vorenthalten:

Kultusminister: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

Ministerpräsident: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

AFD-Fraktion: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

CDU-Fraktion: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

FDP-Fraktion: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

Grünen-Fraktion: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

SPD-Fraktion: keine Eingangsbestätigung, keine Antwort

Sollte sich hier noch etwas ändern (die Erfahrungen der letzten Jahre sprechen jedoch nicht sehr dafür), werden wir selbstverständlich informieren.

Einzig und allein die Kolleginnen und Kollegen vom Hauptpersonalrat haben dankenswerterweise reagiert:

Antwort des HPRS auf die Resolution

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

*vielen Dank für die Kenntnissgabe eures eindrucksvollen Schreibens mit der einstimmig von 164 Personalrät*innen verabschiedeten Resolution. Für uns im Hauptpersonalrat ist diese eine hervorragende Quelle, wenn es in unseren Erörterungen mit dem Ministerium immer wieder darum geht, die Realität an den Schulen im Land deutlich zu machen.*

*Leider ist die Realität im HPRS dann ähnlich der, die ihr bezogen auf das Verhalten der gewählten Vertreter*innen schildert. Zwar kann das Ministerium dort einer Reaktion auf die gestellten Fragen*

und geschilderten Begebenheiten in den Schulen im Land nicht so leicht ausweichen. Dennoch war und ist diese Reaktion in der Regel nicht dazu angetan, grundlegende Verbesserungen für die Bildungs- und Arbeitsbedingungen in den Schulen in die Wege zu leiten, sodass sich in der Tat, wie ihr beschreibt auch aus unserer Sicht „die Nöte sich in den vergangenen Jahren auf dramatische Art weiter zu einer echten Notlage entwickelt haben.“

Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam weiterhin den Finger in die vielen Wunden legen und gemeinsam nicht darin nachlassen, die von Euch beschriebenen Wahrheiten weiterhin mit Nachdruck einbringen.

Noch einmal: Besten Dank für euer Schreiben, wir werden es bei unseren Auseinandersetzungen mit dem Ministerium gut gebrauchen können.

Mit besten Grüßen

Ulrike Noll Mitglied im HPRS

Umgang des Dienstherrn mit Überlastungsanzeigen aus den Schulen- Erlebnisberichte Betroffener erbeten

Eine Überlastungsanzeige dient bekanntlich dazu, dem Dienstherrn Mängel in der personellen Organisation zu verdeutlichen. Hierbei handelt es sich z.B. um eine unzureichende personelle Besetzung bzw. um Fehler bei der Verteilung der vorhandenen Arbeitsmenge. Die Anzeige hat das Ziel, Verbesserungen zu erreichen. Der Anzeigende macht dem Arbeitgeber/Dienstherrn deutlich, dass das vorhandene Pensum durch ihn nicht mehr bewältigt werden kann und deshalb Fehler im Geschäftsgang nicht auszuschließen sind. Eine ÜAZ zu stellen ist nicht nur das Recht eines Arbeitnehmers, gerade im Beamtenbereich sind wir praktisch dazu verpflichtet, drohende Überlastungen rechtzeitig anzuzeigen. Soweit der trockene juristische Hintergrund. Die Anzahl der in Hessen gestellten ÜAZ einzelner Kolleginnen und Kollegen sowie ganzer Kollegien scheint nirgendwo genau erfasst zu sein, wir können aber davon ausgehen, dass die Zahl in den vergangenen 10 Jahren insgesamt mit Sicherheit in die Tausende (sic!) geht.

Hat der GPRS oder auch der HPRS von einer ÜAZ Kenntnis, beschäftigt er sich selbstverständlich auch damit und konfrontiert seinerseits den Dienstherrn damit. Vor allem den HPRS erreichen in diesem Zusammenhang mittlerweile zahlreiche Rückmeldungen, dass Schulen, die Überlastungsanzeigen stellen, auf verschiedene Art und Weise vom amtlicher Seite „eingeschüchtert“ würden, z.B. indem die betreffenden Schulleitungen unter Druck gesetzt werden bzw. die Kollegien genötigt würden, umfangreich Fortbildungen zu besuchen oder Konzepte zu schreiben oder mit Schulinspektionen auf Trab gehalten werden. Ziel sei dabei wohl (so berichten die betroffenen Kolleginnen und Kollegen es als Empfindung), dass sie nie wieder auf die Idee kommen, eine Überlastungsanzeige zu stellen.

Der HPRS und auch wir möchten dem nachgehen. Daher bitten wir alle, die schon einmal eine ÜAZ gestellt haben und mit der Reaktion darauf eher negative Erfahrungen gemacht haben, uns hiervon zu berichten. Die Vertraulichkeit bleibt dabei selbstverständlich gewahrt, eine Weitergabe der Erkenntnisse erfolgt nur nach Rücksprache und auf Wunsch auch anonymisiert.

Wer etwas berichten möchte, schreibt dies bitte direkt an tony.schwarz@kultus.hessen.de

Hinweis auf Angebote der Betriebsseelsorge

Das Team der Betriebsseelsorge Südhessen/Rhein-Main Gerne weist auf ihr **aktuelles Programm für das 1. Halbjahr 2025** hin und lädt herzlich zur Teilnahme an den Veranstaltungen/Bündnissen ein. Wie seit vielen Jahren gibt es zudem auch wieder in diesem Jahr einen **Neujahrsempfang am 21. Januar 2025, 18 Uhr in Rüsselsheim, Kulturzentrum DAS RIND.**

Nähere Informationen hierzu entnehmen Interessierte bitte den Materialien im Anhang.

Erinnerung 1: Bitte um Beteiligung: Fragensammlung des GPRS zum Themenfeld „Intensivklassen“

Wie beim ÖPR/GPR Treffen im November angekündigt, sammeln derzeit die GPRS-Kolleginnen Frau Dams und Frau Fischer Fragen, die in Kollegien bezüglich der Intensivkinder und Intensivklassen aufgekomen sind, um diese dann in einem Gespräch auf Amtsebene einzubringen. Einige Kollegien haben diese Möglichkeit schon genutzt. Da die Fragensammlung bis Ende Januar 2025 fertiggestellt sein soll, bitten wir, weitere Fragen an folgende Mailadressen zu senden:

Dams, Lisa: Lisadams@gmx.de

Elke Fischer: metz.elke22@gmail.com

Erinnerung 2: Treffen zum SEP Bergstraße am Mittwoch, 29. Januar 2025, 13.30 Uhr

Wir erinnern noch einmal an unser Angebot eines Austauschtreffens zu den Folgen des neuen Schulentwicklungsplans im Kreis Bergstraße, für alle ÖPR von Schulen, die vom

Schulentwicklungsplan des Kreises Bergstraße betroffen sind bzw. Fragen haben. Dieses findet statt am

Mittwoch, 29. Januar 2025, 13.30 Uhr, im Großraum 101 im 1. Stock des Staatlichen Schulamts in Heppenheim

Wir bitten um formlose **Anmeldung** an : tony.schwarz@kultus.hessen.de

Es versteht sich von selbst, dass ÖPR, die um diese Zeit noch Unterricht haben sollten, auf Beschluss des ÖPR hin von der Schulleitung für die Teilnahme vom Dienst zu befreien sind.